Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.06 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westfr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 270 — Sonnabend, den 16. November 1918 — 46. Jahrgang

Wann tritt der Friedenskongreß zusammen?

(TU) Nach dem „Daily Chronicle" steht fest, daß der Friedenskongreß Anfang 1919 in Versailles zusammentreten wird. Zu den amtlichen Bevollmächtigten gehören Lloyd George, Balfour und Barnes. Das gesamte Personal der englischen Abordnung wird wahrscheinlich über 200 Personen betragen.

Die „Daily News" erfahren aus Berlin: Die Besprechungen über die Friedenspräliminarien werden in Versailles stattfinden, und zwar, sobald die Bedingungen des Waffenstillstandes erfüllt sein werden, das heißt, von jetzt an gerechnet, in einem Monat.

Fürst Lichnowsky an seine englischen Freunde.

Der frühere deutsche Botschafter in London Fürst Lichnowsky veröffentlicht im Vorwärts einen Aufruf an die britische Nation, in dem es unter anderem heißt:

An die britische Nation und ihre leitenden Staatsmänner wende ich mich in dieser Stunde der Not und der Niederlage, nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Privatmann, als Freund Englands, als einer der unzähligen Deutschen, die diesen unseligen Krieg von Anfang an verurteilt und trotz aller Schrecknisse, deren Zeugen wir über vier Jahre gewesen sind, niemals den Glauben an den Gerechtigkeitssinn des britischen Volkes, seine loyale Gesinnung und seinen aufrichtigen Wunsch, nach Beendigung dieses Bruderkrieges uns die Hand zu bieten, gezweifelt haben. Ich wende mich an meine vielen persönlichen Freunde, in erster Linie an Lord Lansdowne, Lord Grey und Mister Asquith und bitte sie, ihren weitreichenden Einfluß, ihr hohes persönliches Ansehen, was sie über jeden Unterschied der Partei erhebt, für die hohen Ideale der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, die ihre politische Vergangenheit kennzeichnen, in die Wagschale zu werfen. Nachdem die Zwecke erreicht sind, für die England in den Krieg eintrat, der Schutz Belgiens und Frankreichs und schließlich die Umwandlung Deutschlands in ein Staatswesen auf demokratischer Grundlage, vermag ich immer noch nicht zu glauben, daß das Bedürfnis nach Rache, der Wunsch, das deutsche Volk zu erwürgen, alle anderen Gesinnungen zurückdrängt, die vor dem Kriege das britische Volk beherrschten und deren Zeuge bei so vielen Anlässen ich war. Diese auferlegten Waffenstillstandsbedingungen sind aber von einem Geiste beseelt, den man nicht anders als einen der Rache bezeichnen kann, da ihre gewissenhafte Durchführung allenthalben Hungersnot, Anarchie und Chaos unübersehbar im Gefolge hätte. In ihrem eigensten Interesse müssen unsere bisherigen Gegner, und an ihrer Spitze die große britische Nation, sich sagen, daß sie uns behilflich sein sollten, die Ordnung aufrecht zu erhalten, anstatt es uns unmöglich zu machen; daß sie dem deutschen Volke, das in seiner überwiegenden Mehrheit den Krieg nicht gewollt hat und den aufrichtigen Wunsch hegt, als werktätiges Mitglied der großen Völkerfamilie den Weg der Versöhnung und der friedlichen Arbeit zu beschreiten, die Grundlagen nicht entziehen würden, die erforderlich sind für den Wiederaufbau nach beispielloser Katastrophe, für die Errichtung eines neuen friedlichen demokratischen Staatswesens.

Ich spreche als deutscher Patriot und zugleich als Freund Englands zum britischen Volke, zu allen anderen, die aus dem Greuel dieses Krieges den Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit gerettet, deren politischer Fernblick nicht durch Leidenschaften getrübt ist, und frage sie, ob sie uns helfen wollen, einen Zustand zu schaffen, der auf neuen Grundlagen die spätere Versöhnung und Wiederannäherung, die Wiederherstellung der für beide Nationen unentbehrlichen Handelsbeziehungen, die gegenwärtige Friedensarbeit im Dienste des gesamten Menschheitsgedankens ermöglicht, oder ob sie diese Grundlagen zerstören, das deutsche Volk verkrüppeln, dem Chaos preisgeben und dadurch den Weltfrieden und die Weltordnung illusorisch machen wollen? Nicht an das Mitleid, an die Einsicht wende ich mich und hoffe, daß mein Ruf nicht ungehört bleibt.

Gegen den Raub am Staatseigentum

wendet sich folgende Bekanntmachung: Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß an vielen Orten der Heeresverwaltung gehörende Gegenstände von Mannschaften verkauft werden. Vor dem Ankauf solcher Gegenstände wird dringend gewarnt. Der Ankäufer macht sich der Hehlerei schuldig und wird wegen dieses Vergehens zur Rechenschaft gezogen werden. Gegenstände, die aus Beständen der Heeresverwaltung herrühren und über deren rechtmäßigen Erwerb der Besitzer sich nicht ausweisen kann, werden ohne Entschädigung beschlagnahmt. Um diesem, das Gemeinwohl auf das schwerste schädigenden Vergehen entgegenzutreten, werden alle Bewohner des Korpsbezirks, ganz besonders aber die Soldaten ersucht, jeden zu ihrer Kenntnis kommenden Fall sofort der zuständigen Ortspolizeibehörde anzuzeigen, die dann das Weitere veranlassen wird, gegebenenfalls in Verbindung mit dem zuständigen Bezirkssoldatenrat.

Münster, den 15. November 1918. Für den Generalsoldatenrat des VII. A.-K. gez. Ingel, gez. Buse.

Erfolgreiche Tätigkeit der Frontdeputation von Koblenz.

(TU) Die Frontdeputation des Arbeiter- und Soldatenrates Koblenz sendet der „Frkf. Ztg." folgendes Telegramm, das wohl geeignet ist, manchem in der Heimat verbreitetem Gerücht entgegenzutreten: Die infolge eines Funkspruchs von Hindenburg zur Front entsandte Deputation des Arbeiter- und Soldatenrates Koblenz hat ihre Tätigkeit mit gutem Erfolge aufgenommen, hat allseitig aufklärend gewirkt und ist mit Verständnis begrüßt worden. Die Fronttruppen sind in mustergültiger Haltung. Der Abmarsch vollzieht sich planmäßig und in aller Ruhe. Kleinere versprengte Truppenteile werden durch Sammelstellen und auf dem Wege der Aufklärung ihren Verbänden wiederzugeführt. Die vielfach herrschenden Besorgnisse sind unbegründet. Truppen und Bevölkerung werden durch Maueranschläge zur Ruhe und Ordnung ermahnt.

Bekanntmachung.

Der Generalsoldatenrat für den Bezirk des VII. Armeekorps bringt mit Zustimmung der Delegierten der Garnison-Soldatenräte, die bei der am 13. November in Münster abgehaltenen Delegierten-Versammlung anwesend waren, nachstehendes zur Kenntnis der Bevölkerung:

Organisation der Soldatenräte im Bezirk des VII. Armeekorps.

1. Beim Generalkommando in Münster ist ein „General-Soldatenrat für den Bezirk des VII. Armeekorps" eingerichtet worden. Er besteht zunächst aus 10 Mitgliedern, die den engeren General-Soldatenrat bilden. Dieser veranlaßt die erforderlichen Anordnungen für den Bezirk des VII. Armeekorps und übt die Kontrolle über den gesamten Dienstbetrieb beim Generalkommando aus. Alle Beschlüsse grundsätzlicher Art sind jedoch nicht von dem engeren General-Soldatenrat, sondern von dem erweiterten General-Soldatenrat zu beschließen, der auch dem engeren oder geschäftsführenden Soldatenrat die erforderlichen Richtlinien für seine Tätigkeit gibt. Der erweiterte General-Soldatenrat wird dadurch gebildet, daß zu dem engeren General-Soldatenrat ein oder mehrere Delegierte jedes Garnison-Soldatenrates (künftig Bezirks-Soldatenrat genannt) hinzutreten.

Mit Wahrnehmung der Geschäfte des General-Soldatenrates des VII. Armeekorps ist durch die Delegierten-Versammlung der Soldatenräte im Bezirk des VII. Armeekorps einstweilen der Bezirks-Soldatenrat Münster beauftragt worden. Dieser wird die Geschäfte nur solange führen, bis der General-Soldatenrat ordnungsmäßig gewählt worden ist.

2. Für jeden Landwehr-Bezirk wird ein Bezirks-Soldatenrat eingesetzt (in Düsseldorf, Bochum, Essen und Dortmund, wo zwei Bezirks-Kommandos bestehen, kommt trotzdem nur ein Bezirks-Soldatenrat in Betracht. Diese am Sitz des Bezirks-Kommandos befindlichen Bezirks-Soldatenräte haben die Aufsicht und volle Verantwortung für ihren ganzen Bezirk, ganz besonders auch für den Sicherheitsdienst, und haben die für ihren Bezirk etwa erforderlichen Anordnungen zu treffen. Alle übrigen jetzt noch bestehenden Soldaten-Räte sind in Delegationen umzuwandeln. Ihre Mitglieder treten als Delegierte zu dem am Sitz des Bezirks-Kommandos befindlichen zuständigen Bezirks-Soldatenrat oder sind als Mitglieder in diesen Soldatenrat aufzunehmen.

Die Bezirks-Soldatenräte sind durch die Delegierten der in Betracht kommenden Formationen und Behörden gewählt worden. Die Stärke der Bezirks-Soldatenräte richtet sich nach dem vorhandenen Bedarf. Sie ist je nach der Bedeutung des betreffenden Landwehr-Bezirks und der Stärke der darin vorhandenen Garnisonen verschieden. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Bezirks-Soldatenrat an einem wichtigen Ort seines Bezirks Mitglieder des Bezirks-Soldatenrates zum ständigen Aufenthalt entsendet.

3. Bei jeder Kompanie, Eskadron und Batterie, bei jedem Stabe und bei jeder Militärbehörde sind ein oder mehrere Delegierte gewählt worden, bezw., wo dies nicht geschehen, sofort zu wählen. Aus diesen Delegierten heraus bildet sich der erweiterte Bezirks-Soldatenrat, der nach Bedarf einberufen wird und dem engeren oder geschäftsführenden Bezirks-Soldatenrat seine Richtlinie gibt. Die Delegierten bei den Truppen und Behörden haben die Interessen der Mannschaften nach jeder Richtung hin zu vertreten. Alle Anordnungen, namentlich die, die sich auf Dienst, Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und Urlaub beziehen, dürfen von den betreffenden Vorgesetzten nur mit Zustimmung eines Delegierten getroffen werden. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung unbedingt notwendige Strafgewalt wird durch Mehrheitsbeschluß aller Delegierten ausgeübt.

4. Bei
   a) der Intendantur,
   b) dem Sanitätsamt,
   c) dem Kriegsamt,
   d) der Inspektion der Gefangenenlager,
   e) dem Versorgungsamt

ist durch Wahl der bei ihnen befindlichen Militärpersonen und Beamten ein Fachausschuß von mehreren Personen zu bilden, dessen Aufgabe es ist, den technischen Betrieb dieser Stellen mit zu überwachen. Die Mitglieder der Fachausschüsse wählen unter sich einen Vorstand, der dem General-Soldatenrat des VII. Armeekorps gegenüber als Vertrauensmann fungiert.

5. Um Mißbrauch zu verhindern, werden sämtliche Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte einen Ausweis erhalten, dessen Form noch mitgeteilt werden wird. Nur die Inhaber dieser Ausweise sind als Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates anzuerkennen und berechtigt, im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates zu handeln.

Die Ausweise sind numeriert und tragen die eigenhändige Unterschrift des Inhabers, damit derselbe erforderlichenfalls in der Lage ist, seine Identität durch Vollziehung der Unterschrift nachzuweisen. Es ist beabsichtigt, die Namensunterschrift durch ein Lichtbild des Inhabers zu ersetzen. Der Ausweis selbst, sowie gegebenenfalls auch das Lichtbild sind zu stempeln.

6. Sämtliche Bezirks-Soldatenräte (23 an der Zahl) werden ersucht, in den Blättern ihres Landwehr-Bezirkes, nötigenfalls auch durch Anschlag, ihre Zusammensetzung, d. h. also die Namen ihrer Mitglieder, öffentlich bekannt zu geben, womöglich auch das Faksimile ihrer Unterschriften.

7. Die Geschäfte des Garnisonkommandos sind von der bisherigen Stelle weiter zu versehen.

8. Die Bezirks-Soldatenräte üben ihre Tätigkeit am Orte des Bezirks-Kommandos aus. Soweit erforderlich, nehmen sie dazu mit den in ihrem Bezirk befindlichen Garnison-Kommandos Verbindung und überwachen ihre Tätigkeit.

9. Jeder Bezirks-Soldatenrat meldet bis auf weiteres jeden Abend zwischen 8 und 10 Uhr telegraphisch (Tags) den Zustand in seinem Bezirk und ob sich besondere Vorfälle ereignet haben. In ganz wichtigen Fällen ist sofort telephonisch zu berichten. 8451

Münster, den 14. November 1918.

J. A.: Buse. Engel.

An die U-Bootsmannschaften

richtet der A.- und S.-Rat folgenden Aufruf: Kameraden! Das Vaterland ruft! Es gilt, die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen, wenn nicht der Frieden in weite Ferne gerückt werden soll. Ihr kennt die krassen Bedingungen, die uns der Feind gestellt hat. Die U-Boote müssen bis zum 18. 11. 1918 nach englischen Häfen übergeführt werden. Hier werden Männer der Zeit gebraucht, die alle Bedenken beiseite werfen, die bereit sind, für die schnelle Abwicklung der Friedensverhandlungen noch eine ganz kurze Zeit dem Vaterlande sich widmen zu wollen. Es sind uns Garantien gegeben, daß die Besatzungen der Boote sofort nach dem Eintreffen in England wieder zurücktransportiert werden. Um Euch den Entschluß zu erleichtern, hat der A.- und S.-Rat heute in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes folgendes beschlossen: Sämtliche Mannschaften derjenigen Schiffe, die nach einem feindlichen Hafen übergeführt werden, werden mit 10000 Mark versichert, welcher Betrag im Falle des Todes den Angehörigen zu zahlen ist. Im Falle eines Unfalles wird eine entsprechende Sonderrente gewährt. In Anbetracht des schweren Dienstes auf den U-Booten wird den verheirateten Mannschaften dieser Boote außerdem für jede Ueberführung eine Prämie von 500 Mark, den unverheirateten eine solche von 300 Mark gewährt. Sofort nach Rückkehr der U-Bootsleute werden dieselben nach ihrer Heimat entlassen. Kameraden! Krönt das angefangene Werk und stellt Euch ganz in den Dienst der Sache, indem Ihr durch Eure Bereitwilligkeit zeigt, daß Euch das Wohl und Wehe des neuerstandenen Vaterlandes am Herzen liegt. Meldungen werden beim A.- und S.-Rat der U-Bootsabteilungen Kiel und Wilhelmshaven entgegengenommen.

Eine Rede des Reichskanzlers.

(TU) Im Reichstage fand eine neue Sitzung der Soldatenräte der Berliner Garnison statt. Der Reichskanzler Ebert wurde mit drei Hurras empfangen. Er führte u. a. aus: Ich möchte zunächst bemerken, daß ich gegen die Bildung der Roten Garde bin. (Großer Beifall.) Nachrichten, die wir heute erhalten, bestätigen zwar, daß die Front sich bis zum letzten Tage tapfer geschlagen und gehalten hat, daß aber die Etappe im Begriffe ist, sich aufzulösen. Dieses Chaos wird vermehrt durch die Unmöglichkeit, die zurückflutenden Massen gründlich zu ernähren. Dadurch leidet die Selbstzucht des Mannes. Wir müssen das Industriegebiet intakt halten, und wir müssen die Ernährung organisieren. Dazu brauchen wir Ruhe und Sicherheit. Schnellstens müssen Organisationen geschaffen werden, die die Heimkehrenden verpflegen, einteilen und ihnen Arbeit zuweisen. Heute ist die zurückflutende Menge schon in Westfalen, in wenigen Tagen wird sie in Berlin sein. Die Zukunft unseres Volkes, unserer Frauen und Kinder gilt es auf das schnellste sicherzustellen. Und hierum bitte ich Sie, uns Ihre starken Arme zu leihen.

Nationalversammlung im Januar.

(TU) Reichskanzler Ebert hat Donnerstag im Gespräch mit einem Vertreter der „Voss. Ztg." u. a. folgendes mitgeteilt: Wir sind fest entschlossen, die Konstituante so schnell wie möglich einzuberufen. Jeder Verdacht, den einige bürgerliche Kreise gegen diese unsere Absicht hegen, ist völlig unbegründet. Wir haben bereits die ersten Vorbereitungen getroffen und denken bestimmt, im Januar zu den Wahlen zu gelangen. Der Gedanke, diese Wahlen heute, d. h. vor der Rückkehr der Truppen, abzuhalten, ist darum leider unausführbar, weil diese heute weder in ihren Front- oder Etappenstellen feststehen, noch andererseits auch in ihre Heimat zurückgekehrt sind. In bezug auf die gestrige Note Wilsons sagte der Reichskanzler: Wir haben heute Besprechungen mit führenden Faktoren gepflogen, dahingehend, daß Schiffe, Kohlen und alles Nötige sofort bereit gestellt werden, um die von Amerika bewilligten Nahrungsmittel so rasch wie möglich in das Land gelangen zu lassen.

Ein Protest des obersten Soldatenrates der Ostseestation.

(TU) Der oberste Soldatenrat der Ostseestation in Kiel hat an den Reichskanzler Ebert einen Protest gerichtet, in dem es heißt: Nach uns vorliegenden Berichten geben im Berliner Soldatenrat vorwiegend Offiziere den Ton an. Da die vom Reichsmarineamt abgegebenen Erklärungen für uns als Ostseestation bezw. deren Dienstbereich als Befehle zu betrachten und auszuführen sind, erklärt der oberste Soldatenrat der Ostseestation, daß er sich mit dieser Zusammensetzung des befehlgebenden Soldatenrats Berlin im Reichsmarineamt nicht einverstanden erklären kann, sondern sich seine eigene Entschließung vorbehält, da dem dortigen Soldatenrat bezw. Matrosenrat infolge Mangels an Sachkenntnis eine richtige Beurteilung der Marineverhältnisse unsererseits nicht zuerkannt werden kann. Der oberste Soldatenrat der Ostseestation stellt sich auf den Boden der von seiner geschlossen hinter ihm stehenden Mannschaft gefaßten Beschlüsse und der ihm erteilten Vollmachten und glaubt, in Angelegenheiten der Marine nicht übergangen werden zu dürfen. Sofern die Regierung wider Erwarten auf ihrem Standpunkt beharren sollte, kann seitens der Marine, vertreten durch den obersten Soldatenrat der Ostseestation, nicht volle Garantie für die weitere Aufrechterhaltung völliger Ruhe und Ordnung übernommen werden.

Eine Kundgebung des Generalsoldatenrates des 7. Armeekorps.

(W) Die Mittwoch in Münster abgehaltene Versammlung der Delegierten sämtlicher Soldatenräte des 7. Armeekorps hat folgendes einstimmig beschlossen: 1. Alle Militär- und Zivilbehörden werden ersucht, sofort und uneingeschränkt ihren Betrieb wieder aufzunehmen, mit allen Offizieren und Beamten, die bereit sind, sich ganz auf den Boden der Volksregierung zu stellen und soweit sie das Vertrauen der Kameraden besitzen. 2. Die Ar-

beiter- und Soldatenräte haben in alle Geschäftszimmer der Militär- und Zivilbehörden Delegierte zu entsenden, die die volle Kontrolle des Dienstbetriebes auszuüben haben. Wichtige Erlasse sind durch den Herrn Delegierten gegenzuzeichnen. 3. Alle Soldatenräte werden ersucht, unter keinen Umständen in irgendeinen Dienstbetrieb anders als durch den Herrn Delegierten einzugreifen. 4. Unter allen Umständen hat sich jeder Arbeiter- und Soldatenrat mit seinen Anforderungen lediglich an die zuständige Militär- oder Zivildienststelle zu wenden, der die Bearbeitung der Materie zufällt. 5. Die Gehaltsfrage aller Militärpersonen und Beamten wird durch die Volksregierung geregelt. Bis dahin sind die bisherigen Gehälter weiter zu zahlen.

Oeffentliche Aufforderung an die Jahrgänge 1898 und 1899.

Es ergeht hiermit die Aufforderung an die Heeresangehörigen der Geburtsjahrgänge 1898 und 1899, die sich seit dem 8. ds. Mts. mit oder ohne Urlaub von einem im Bezirk des VII. A.-K. befindlichen Ersatztruppenteil, bezw. einer anderen Formation oder Behörde entfernt haben, sofort zu ihren Dienststellen zurückzukehren. Diese Rückkehr ist unbedingt erforderlich, da sonst der notwendige Sicherheits- und Arbeitsdienst nicht aufrecht erhalten werden kann. Außerdem steht zu befürchten, daß Verkehrsstockungen und damit verbundene ernste Lebensmittelschwierigkeiten eintreten. Die örtlichen Delegierten zu den Soldatenräten, die Bezirkskommandos und die in Betracht kommenden Zivilbehörden werden mit Rücksicht auf den großen Ernst der Lage ersucht, die Durchführung dieser Anordnung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. An die Heeresangehörigen der Geburtsjahrgänge 1898 und 1899 wird gleichzeitig die dringende Mahnung gerichtet, sich unter keinen Umständen der Rückkehr zu widersetzen; sie müssen sich bewußt sein, daß sie erst in letzter Linie wegen ihres Alters Anspruch auf Entlassung haben und das Recht der Entlassung älteren Kameraden nicht verkürzen dürfen. Der Generalsoldatenrat erwartet von jedem einzelnen, daß die im Interesse der Bevölkerung unbedingt notwendige Maßnahme ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen zur Durchführung kommt. Eine Beurlaubung und Entlassung von Heeresangehörigen aller Jahrgänge ist nur im Rahmen der darüber ergangenen Bestimmungen des Stellvertretenden Generalkommandos und des General-Soldatenrates des VII. A.-K. zulässig.

Münster, den 14. November 1918.

Für das Stellvertretende Generalkommando:
gez.: Menz, Major.
Der General-Soldatenrat im Bezirk des VII. A.-K.
gez.: Engel, Buse.

Eine neue Note an Wilson.

(W) Die deutsche Regierung sandte eine Note nach Washington, worin mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Präsident Wilson gewillt sei, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß große Eile nottut und daß die Annahme der drückenden Waffenstillstandsbedingungen mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich unerträglicher machen. Die Gefahr anarchistischer Zustände könne nur bei schnellster Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb, so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder nach einer anderen Stadt zu entsenden, um dort mit Deutschlands Bevollmächtigten Einzelheiten zu beraten. Die Note regt an, daß die Angelegenheit vielleicht in die bewährten Hände des Herrn Moower gelegt werden könne.

Die Eisenbahner an den Reichskanzler.

Zu Händen des Reichskanzlers Ebert ist folgende Eingabe gerichtet worden: Im Zeichen vollster Koalitionsfreiheit und Demokratie beginnen Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes in vielen Eisenbahnwerkstätten unerhörten Terror mit unseren Mitgliedern, obwohl zwischen beiden Verbänden seit gestern Einigungsverhandlungen schweben. Unsere Mitglieder werden mit sofortiger Entlassung aus dem Eisenbahnbetriebe bedroht. Wir wären daher, falls nicht schnellste Abhilfe erfolgt, gezwungen, unsere mehr als 100 000 Mitglieder zu ihrem persönlichen Schutz zurückzuziehen. Was das im gegenwärtigen Augenblick bedeutet, dürfte bekannt sein. Wir stehen der Volksregierung unbedingt zur Verfügung, aber wir verlangen freies Koalitionsrecht, andernfalls lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab. Allgemeiner Eisenbahnerverband. Ickler, Vorsitzender.

Die deutsche Gelb-Republik

wird durch den Hinzutritt der Republik Deutsch-Oesterreich, die in Wien beschlossen ist, gebildet werden. Und man darf wohl erwarten, daß auch schließlich die Deutsch-Balten in Rußland, die sich schon wiederholt für den Anschluß an das Deutsche Reich erklärt haben, ihren Willen nach dem Selbstbestimmungsrecht durchsetzen werden, da sich die Volksströmung selbst im Ententeland geändert haben. Kommen sie zum Siege, so wird auch Elsaß-Lothringen sein Recht erhalten, sich die künftige Staatszugehörigkeit selbst zu wählen. Die Deutsch-Oesterreicher, die sich bestimmt für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen haben, machen 10 Millionen Seelen aus. Wir werden sehen, was weiter kommt. Große Ueberraschungen haben wir erlebt; wie es scheint, werden noch größere folgen. Das Weltgericht kommt nach dem Weltkrieg!

Zum Anschluß Oesterreichs an Deutschland.

(TU) Wie die „Voss. Ztg." hört, ist als erster Vertreter Deutsch-Oesterreichs in Berlin das Mitglied des deutsch-österreichischen Staatsrats, Dr. Langenhan, gestern in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsleitung über die wirtschaftlichen Fragen zu verhandeln. Die Ernennung des Vertreters Deutsch-Oesterreichs bei der Reichsregierung, der auch die Aufgabe haben wird, die vorbereitenden Schritte für die Angliederung Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich zu tun, steht unmittelbar bevor.

Auch Deutsch-Böhmen für den Anschluß an das Deutsche Reich.

(W) In Teplitz fanden zwei Versammlungen statt, die von den Deutschbürgerlichen bzw. von den Sozialdemokraten einberufen waren. In der Versammlung der Deutschbürgerlichen wandten sich die Redner gegen das Aufgehen in dem tschecho-slowakischen Staat und forderten die Provinz Deutsch-Böhmen und den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich. In der sozialdemokratischen Versammlung sprach Landeshauptmann-Stellvertreter Seliger für das Selbstbestimmungsrecht von Deutsch-Böhmen und Anschluß an die deutsche Republik.

Keine polnischen Angriffsabsichten auf deutsches Gebiet.

(TU) Die polnische Presseagentur teilt der Telegraphen-Union folgendes mit: Ueber die angeblichen Angriffe auf Posen und Oberschlesien können wir nach eingehenden Informationen in Warschau feststellen, daß an den Gerüchten von einer Bedrohung oder Besetzung der polnischen Gebiete Deutschlands durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist. Es handelt sich hierbei lediglich um Provokationen gewisser Elemente, die von der Neuordnung der Verhältnisse eine Einbuße ihres bisherigen ausschlaggebenden Einflusses befürchten und daher bemüht sind, unter der Bevölkerung durch böswillige Ausstreuung unzutreffender Nachrichten Unruhe und Unfrieden zu stiften. Die Regierung Polens und mit ihr das polnische Volk sind nicht gewillt, aus der Notlage Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auseinandersetzungen zwischen beiden Völkern über strittige Fragen sollen nicht das Werk gewaltsamer Landstreiche, sondern das Ergebnis friedlicher, vom Geist der Versöhnlichkeit getragener Verhandlungen sein. Das polnische Volk weiß sehr wohl, daß es auch für die Zukunft mit dem deutschen Volke in enger Beziehung leben muß.

Von der Kaiserfamilie.

(TU) In Paris ist das Gerücht verbreitet, Exkaiser Wilhelm II. habe die Genehmigung nachgesucht, nach Korfu überzusiedeln.

Wie mitgeteilt wird, siedelt der frühere deutsche Kronprinz von Hilligenraad, wohin er sich nach seiner Ankunft in Holland begeben hatte, auf eine Insel in dem Zuidersee über, die ihm von der holländischen Regierung angewiesen worden ist. Der Aufenthalt des Kronprinzen in Hilligenraad hat nur einen Tag gedauert. Die Abreise erfolgte, weil die Besitzerin des betr. Hauses für die Sicherheit des Kronprinzen keinerlei Garantie übernehmen zu können erklärte.

Entgegen einer von holländischer Seite mit großer Bestimmtheit verbreiteten Nachricht, daß die Kaiserin in Zevenaar eingetroffen sei, ist aus der Reise der Kaiserin überhaupt nichts geworden; der betreffende Zug hat Berlin überhaupt nicht verlassen.

as elsaß-lothringische Unrecht.

1871 war in den führenden englischen Zeitungen von einem Unrecht, das Frankreich mit der Abtretung von Elsaß-Lothringen zugefügt würde, mit keinem Wort die Rede, vielmehr ließ man dort damals in vollem Umfange die geschichtlichen und politischen Gründe gelten die für eine Wiedereingliederung dieser alten deutschen Landesteile an das neue Reich sprachen. Wenn jetzt die veränderte Weltlage England zu einer Bekehrung ins Gegenteil veranlaßt hat, so darf man es als doppelt bemerkenswert erachten, wenn ein englischer Rechtsgelehrter, Dr. Coleman Phillipson, es unternimmt, in seinem jüngst erschienenen Buch Alsace-Lorraine, Past, Present and Future, der allgemeinen Schwimmbewegung seiner Landsleute sich in den Weg zu stellen. Mit aller Entschiedenheit betont er da, daß eine erzwungene Wiederabtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich keine wirkliche Lösung dieser nun einmal international gewordenen Frage bedeute. Wenn sich Deutschland, so sagt er, infolge einer entscheidenden Niederlage genötigt sehen sollte, Elsaß-Lothringen aufzugeben, so würde sein daraus entstehender Groll eine weit größere Bedrohung für den europäischen Frieden sein als der Groll Frankreichs seit 1871, der, wie hinzugefügt werden muß, sich dort zeitweise wenigstens doch in recht milde Form zu kleiden wußte. Die Wiedereinverleibung des 1871 geschaffenen Zustandes aber würde nach Philipsons treffendem Ausdruck eine eiternde Wunde mitten im Herzen Europas zurücklassen, die offene und gesunde internationale Beziehungen unmöglich machen und diejenigen unheilvollen Schatten, Argwohngründe und Befürchtungen verewigen würde, die zu beseitigen und zu verhindern für die Aufgabe eines gesunden Zustandes erachtet werden muß.

Die Gärung in Holland.

(KB) In parlamentarischen Kreisen befürchtet man einen Bruch in der Sozialdemokratischen Partei wegen der Revolutionspläne. Man nimmt an, daß die eine Hälfte der sozialdemokratischen Kammermitglieder nicht geneigt sein wird, die aufgestellten Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Als Führer dieser Gruppe gilt Senator Polak, der Präsident des Bundes der Diamantarbeiter. In einer Versammlung in Amsterdam führte Polak aus, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei kein Bolschewikentum und keine Diktatur nach russischem Muster wünsche. Man brauche in Holland keine Arbeiter- und Soldatenräte, denn man besitze eine eigne kräftige Organisation zur Durchführung der aufgestellten Richtlinien. Wenn die extremen Elemente der Ansicht seien, daß in Rußland jetzt der Himmel anfange, so befänden sie sich in einem Irrtum. Er würde in diesem Falle vorziehen, in die Hölle zu gehen. In Holland habe man keine Veranlassung zu Plünderungen und sonstigen Dingen, denn dadurch würde sich nur die Unordnung steigern. Holland müsse die Bedürfnisse aller Einwohner decken. Die Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, die Produktionsmaschine durch alle für alle produzieren zu lassen. Das russische Proletariat verhungere in den Häusern der Bourgeoisie, nachdem man sie ihr vorher weggenommen habe. So etwas könne und dürfe in Holland nicht geschehen. Die sozialdemokratischen Forderungen liefen auf Normalisierung hinaus. Die jetzt aufgestellten Forderungen müßten auf jeden Fall ohne Gewalt durchgeführt werden.

Regierungsfeindliche Bewegung in Madrid.

„Corriere" meldet aus Madrid: Hier ist eine regierungsfeindliche Bewegung aufgedeckt. Der König hat die Reise nach Barcelona aufgegeben. Eine Anzahl Offiziere wurden verhaftet.

Kronstädter Matrosen gegen den Bolschewismus.

(TU) In Kronstadt macht sich in jüngster Zeit immer deutlicher eine antibolschewistische Strömung geltend. Der Grund dieser Wandlung dürfte zunächst in der verzweifelten Lage der Bevölkerung Kronstadts liegen. Die Festung-Insel ist von Nahrungsmitteln und Bekleidungsgegenständen völlig entblößt. In einer Sitzung des Kronstädter Matrosen- und Soldatenrats erklärten die meisten Redner übereinstimmend, das bolschewistische Regime habe seine Existenzberechtigung bisher keineswegs erwiesen. Man müsse schon aus rein praktischen Erwägungen rechtzeitig dem Radikalismus vorerst entsagen und wieder eine Annäherung an die europäische Sozialdemokratie suchen.

Eine Spartakus-Partei.

(W) Die Spartakus-Gruppe, die bisher der sozialdemokratischen Partei angehörte, beabsichtigt in einer öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag, den 14. November, abends in den Sophien-Sälen in Berlin stattfinden soll, sich als selbständige Partei zu konstituieren. Vermutlich werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sprechen.

Einigung der Nationalliberalen und Freisinnigen.

(W) Führende Mitglieder des Hauptvorstandes der Fraktion der nationalliberalen und fortschrittlichen Partei haben sich am Freitag, den 15. 11. auf ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung geeinigt. Sie setzten einen Ausschuß ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellen und die Grundlagen zu einer großen demokratischen Partei durch Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien schaffen will.

Forderungen der Hamburger Lehrerschaft.

(W) Mehrere tausend Lehrer und Lehrerinnen hatten sich im Curiot-Hause zu einer Kundgebung eingefunden, um zur Reform der Lehrerschaft und des Schulwesens Stellung zu nehmen. Gefordert wird: 1. Schöpfung eines Reichsschulgesetzes. 2. Einführung der Einheitsschule. 3. Selbstverwaltung der Schulen unter Beteiligung der Eltern. 4. Glaubens- und Gewissensfreiheit für Lehrer und Kind. 5. Einsetzung eines Lehrerrats. — Punkt 1, 2 und 5 wurden einstimmig, Punkt 3 und 4 fast einstimmig angenommen. Der neu gebildete Lehrerrat soll sich aus 30 Vertretern wie folgt zusammensetzen: 14 Volksschullehrern und 8 Volksschullehrerinnen, 6 Oberlehrern und 2 Oberlehrerinnen. Er erhält eine Amtsdauer von sechs Monaten und das freie Recht der Zuwahl. Eine Reihe weiterer Anträge, deren Erörterung nicht möglich war, wurde dem Lehrerrat überwiesen.

Hergabe von Siedlungsland.

Die Großgrundbesitzer von Königsberg in der Neumark veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie es als eine Ehrenpflicht bezeichnen, die Ansiedlung von Bauern, Handwerkern und freien Arbeitern durch freiwillige Hergabe von Land zu fördern. Sie fordern gleichzeitig ihre Berufsgenossen auf, sich der Kundgebung anzuschließen.

Kleine Nachrichten.

In Lüttich hat sich ein Soldatenrat gebildet, der die Sicherung der Stadt sowie die Verproviantierung und Rückführung der Fronttruppen übernommen hat. Nachts sind Unruhen unter den Belgiern und vereinzelte Schießereien vorgekommen. Die Ruhe ist wiederhergestellt. Die belgischen Sozialisten ermahnen ihrerseits zur Ruhe. Der Soldatenrat ist Herr der Lage, die zuversichtlich beurteilt wird.

Northcliffe nahm seine Entlassung als Direktor der Propaganda in feindlichen Ländern. Der Premierminister nahm das Abschiedsgesuch an, da der Posten nicht mehr nötig ist.

Reuter erfährt, daß das englische Reichskriegskabinett demnächst seine Sitzung wieder aufnehmen wird, um über die Friedensbedingungen zu beschließen. Außerdem werden in London wichtige Beratungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und Staatsmännern aus den britischen Dominien stattfinden.

Die englische Admiralität teilt mit, daß das britische Schlachtschiff Audacious nördlich der irischen Küste am 27. Oktober auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Allen Eisenbahnbeamten und Arbeitern ist das Recht unbeschränkter Koalitionsfreiheit gewährleistet

---

Arme Liane.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.
(Nachdruck verboten.)

17. Fortsetzung.

Ganz mechanisch blätterte sie darin, gleichsam, um erst einmal von allem Nachdenken auszuruhen. Sie las einmal einige Zeilen und blätterte dann weiter.

Und so kam sie zum Inseratenteil. Interesse flößte ihr gar nichts ein. Gedankenlos sah sie über die schwarzen Buchstaben hin und las dies und das, ohne den Sinn zu erfassen. Und da ertappte sie sich dabei, daß sie das eine Inserat schon einige Male durchgelesen hatte, ohne sich dessen bewußt geworden zu sein.

Nun gab sie sich plötzlich einen Ruck und zwang sich, das Inserat aufmerksam zu lesen. Es lautete:

„Für eine junge Dame aus guter Familie wird eine jugendliche Gesellschafterin gesucht. Dieselbe müßte eine gute Erziehung genossen haben, musikalisch und gemütsvoll sein. Hohes Gehalt kann nicht gezahlt werden, dagegen wird völliger Familienanschluß und angenehmer Aufenthalt auf einem Gute in landschaftlich schöner Gegend gewährleistet. Bewerberinnen wollen Offerten unter H. B. 8 an die Expedition dieses Blattes senden, möglichst mit Photographie und Zeugnissen."

Wie gebannt blickte Liane auf dieses Inserat herab. Es wollte ihr fast scheinen, als habe das Schicksal ihr einen Fingerzeig geben wollen, was sie tun sollte. War es nicht das beste für sie, wenn sie sich eine derartige Stellung suchte, in der ihr ein Familienanschluß zugesichert wurde?

Um sich eine Ehrendame zu halten und mit dieser einen eigenen Haushalt zu führen — dazu reichte ihr Einkommen keinesfalls. Und allein irgendwo eine neue Heimat für sich zu gründen — das ging auch nicht an. Es hätte auch Onkel Joachim viel zu sehr beunruhigt, sie allein und schutzlos zu wissen. Es war also sicher das ratsamste für sie, irgend einen Familienanschluß zu suchen. Bis das geschehen war, mußte sie sich freilich allein behelfen. Und so lange war es wohl das beste, Unterkunft in einer gediegenen Familienpension zu suchen.

Sie erinnerte sich, daß eine Pensionsfreundin von ihr im vergangenen Winter in solch einer Pension mit ihrer Tante gewohnt hatte, als sie für einige Wochen in Berlin weilte.

Liane hatte sie einige Male dort besucht, und die Damen waren des Lobes voll gewesen über die gute Unterkunft.

In diese Pension wollte sie sich also zunächst begeben. Sie wußte, daß sie den Pensionspreis erschwingen konnte, trotzdem es eine sehr vornehme Pension im Westen Berlins war.

Und zugleich wollte sie auch auf das Inserat antworten. Sie konnte ja einmal versuchen, ob sie diese Stellung erhielt und ob sie ihr gewachsen war. Sie hatte eine erstklassige Erziehung genossen und, wie Madame Schöpfing ihr lachend versichert hatte, mehr gelernt als alle ihre anderen Pensionärinnen. Aber Zeugnisse wurden verlangt. Sie überlegte. Nein, Zeugnisse besaß sie nicht, außer dem, das ihr Madame Schöpfing bei ihrem Abgang aus dem Pensionat ausgestellt hatte. Das war allerdings glänzend. Vielleicht genügte es doch? Sie konnte es jedenfalls mit einsenden.

Wagen wollte sie es jedenfalls.

Würde aber Onkel Joachim damit einverstanden sein, daß sie eine solche Stellung annahm?

Sie dachte über diese Frage lange nach, kam aber dann — dem Resultat, daß es Onkel Joachim auch lieber sein mußte, wenn sie auf diese Weise Familienanschluß erhielt, als wenn sie ganz allein auf sich selbst angewiesen war.

Auf hohes Gehalt brauchte sie ja zum Glück nicht zu sehen. Am liebsten hätte sie ganz darauf verzichtet, um etwas unabhängiger zu sein. Aber sie wußte nicht, wie sie das anbringen sollte. Vielleicht wartete sie damit lieber, bis sie erst einmal Antwort erhielt.

Jedenfalls wurde ihr Entschluß, sich um die Stellung zu bewerben, immer fester, und nach einer Weile setzte sie sich an ihren Schreibtisch und griff zur Feder. Sie schrieb:

„Sehr geehrte gnädige Frau! Auf Ihr Inserat Bezug nehmend, erlaube ich mir, mich um die von Ihnen ausgeschriebene Stellung zu bewerben. Ich bin fast einundzwanzig Jahre alt, Vollwaise, im Besitz eines Vermögens, das mir gestattet, auf ein hohes Gehalt zu verzichten.

Sieben Jahre war ich in der Pension der Madame Schöpfing in Genf, ich spreche geläufig englisch und französisch, bin musikalisch gut ausgebildet in Gesang und Klavierspiel und hoffe auch in allen anderen Dingen Ihren Ansprüchen gerecht zu werden. Da ich noch nie eine Stellung irgendwelcher Art bekleidet habe, kann ich Ihnen keine anderen Zeugnisse vorlegen als das meiner ehemaligen Pensionsvorsteherin. Mir ist vor allen Dingen darum zu tun, Familienanschluß zu erhalten, da ich ganz allein im Leben stehe. Ich bitte Sie, mein Gesuch in gütige Erwägung zu ziehen. Meine Photographie lege ich bei. Ich bitte ergebenst, Ihre gütige Antwort an untenstehende Adresse zu senden und empfehle mich Ihnen

Hochachtungsvoll
Liane Reinold."

Sie fügte die Adresse der Pension Wei-

Aufatmend las sie den Brief noch einmal durch. Sie wußte nicht recht, ob er gut und richtig abgefaßt war, denn sie hatte sich noch nie um eine Stellung beworben. Aber sie machte ihn postfertig und trug ihn gleich selbst zu dem Briefkasten an der nächsten Straßenecke.

Als das geschehen war, hatte sie ein Gefühl, als habe sie nun den ersten Schritt zur Selbständigkeit getan. Und nachdem sie von dem kurzen Ausgang zurückgekehrt war, begann sie an Onkel Joachim zu schreiben.

Dieser Brief lautete:

„Mein lieber teurer Onkel Joachim! Heute komm: Deine Liane mit einem schweren, schweren Herzen zu Dir. Seit Du mich verlassen, hat sich so viel für mich geändert, daß nun die Welt mit einem Mal ein ganz anderes Gesicht bekommen hat.

Um gleich das Schwerste zuerst zu sagen — aber bitte, erschrick nicht zu sehr — wenn Du diesen Brief erhalten wirst, dann habe ich das liebe, traute Heim verlassen, das Du mir in väterlicher Liebe und Güte geschaffen hast. Die Schlüssel dazu übergebe ich dem Portier, der sie für Dich in Verwahrung nehmen wird, denn ich bin ganz allein. Frau Doktor Bartels und die beiden Dienstmädchen sind fort.

Wie das alles kam, muß ich Dir erzählen, wenn es mich auch sehr schwer ankommt. Würde ich es Dir verschweigen, wie ich es gern möchte, um Dir Aufregung zu sparen, so könnten Dir doch daraus größere Unannehmlichkeiten erwachsen, denn Frau Doktor Bartels stieß eine Drohung aus, die mich fürchten läßt, daß sie vielleicht auch auf Dich ihr häßliches Gift ausspritzen könnte. Und da mußt Du auf alle Fälle gewappnet sein.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 16. Nov. **(Verschiedenes.)** In der 45. Jahreswoche vom 3. bis 9. November sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 3 (je 1 Wiescherhöfen, Asserde, Herringen), Körnerkrankheit 1 (Ostwennemar), Scharlach 1 (Herringen), Unterleibstyphus 1 (Fröndenberg); Todesfälle durch Kindbettfieber 1 (Unna), Tuberkulose 6 (je 1 Kamen, Oberberge, Westick, Dellwig, Bergkamen, Unna). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 74 (24), Genickstarre 1 (1), Kindbettfieber (1), Körnerkrankheit 2, Tuberkulose (141), übertragbare Ruhr 16 (2), Scharlach 52 (3), Unterleibstyphus 10 (6), Parathyphus 1 (1), spinale Kinderlähmung 1.

Eine **Stadtverordneten-Sitzung** fand gestern unter dem Vorsitz des Herrn Direktors Hußmann statt, zu der 12 Stadtverordnete erschienen waren. Sämtliche Mitglieder des Magistrats hatten sich eingefunden, auch Mitglieder des hiesigen Arbeiter-Rats nahmen daran teil, dessen Vorsitzender weitere 6 Anträge für die Tagesordnung zur Beschlußfassung einbrachte. Wir kommen in nächster Nummer ausführlicher auf die Verhandlungen zurück, für heute können wir nur berichten, daß die Einführung von Kriegsnotgeld (25 und 50 Pfg.-Scheine, im Bedarfsfalle auch 5 und 10 Mark-Scheine) und die Einrichtung eines besonderen Verwaltungsbüros für das Gas- und Wasserwerk unter Leitung eines kaufmännischen Beamten beschlossen wurde. Eine Neuwahl für das verstorbene Mitglied des Kollegiums Fahrhauer Brand soll unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse nicht stattfinden.

*

Aus dem Kriegswirtschaftsausschuß.

(Schluß.)

Eine Anfrage, wann die abgegebenen getragenen Anzüge ausgegeben würden, wurde dahin beantwortet, daß die Reichsbekleidungsstelle jetzt bekanntgegeben habe, daß die Altkleider jetzt in der Wiederherstellung wären. Danach wird die Ausgabe noch lange auf sich warten lassen. Für Kamen kommen für die Ausgabe 120 Anzüge in Betracht. Es wurde weiter gewünscht, daß mehr Weizenbrot für Kranke ausgegeben würde; andererseits bekämen viele Weizenbrot, die es wirklich nicht nötig hätten. Es müsse dahingewirkt werden, daß die Landwirte mehr Weizen abgäben. Dabei wurde festgestellt, daß die Landwirte Getreide gut abgeben, teilweise noch größere Mengen als sie verpflichtet waren. Auf eine Beschwerde hat der Kreis mitgeteilt, daß Kamen mehr Weizen bekommen habe, als ihm zustehe. (Diese Mehrzuwendung ist wohl begründet in der mit der Fleischvergiftung verbundenen besonderen Ernährung der Kranken und müßte bei der Verrechnung außer Betracht kommen. D. Red.) Auf jeden Fall ist die Versorgung mit Krankenbrot in die Wege geleitet. Von einem Mitgliede wurde darauf hingewiesen, daß die hiesigen Bienenzüchter ihren Honig abgeliefert hätten, daß aber eine Ausgabe von Bienenhonig bisher nicht stattfand. Hierzu wurde bemerkt, daß der Honig von den hiesigen Züchtern nicht an die Stadt selbst abgeliefert wird und auch nicht von dieser ausgegeben werden darf. Kamen bekommt seinen Bienenhonig aus Posen, derselbe ist bisher aber noch nicht eingetroffen. Im übrigen ist der Bienenhonig nur für Kranke bestimmt und darf nur auf ärztl. Attest ausgegeben werden. Zum Schluß bemerkte der Vorsitzende, daß das Mitglied des Ausschusses, Herr E. A. Hosius sich leider infolge schwerer Erkrankung gezwungen sehe, aus dem Kriegswirtschaftsausschuß auszutreten. Von allen Seiten wurde dieses sehr bedauert und der außerordentlichen Verdienste gedacht, die Herr Hosius um die vorzügliche Versorgung unserer Bevölkerung hat. Seit Kriegsbeginn habe er seine ganze Kraft in großzügiger Art den großen, schweren und nicht immer dankbaren Aufgaben der Lebensmittelversorgung gewidmet. Man sprach die Hoffnung aus, daß Herr Hosius bald wieder genesen werde und daß man ihn dann wieder im Kriegswirtschaftsausschuß begrüßen könne.

*

Der Soldaten- und Arbeiter-Rat erläßt eine Bekanntmachung, wonach der Wirtschaftsschluß von jetzt ab auf 11½ Uhr festgesetzt wird. Die Bürger müssen um 12 Uhr von der Straße sein mit Ausnahme derjenigen, die im Interesse ihres Berufes diese betreten müssen.

(Der Kamener Soldatenrat aufgehoben!) Laut Verfügung des General-Arbeiter- und Soldaten-Rates Münster ist der Soldatenrat in Kamen aufgehoben. Die Wachmannschaften sind der Garnison in Unna unterstellt. In allen Militär-Angelegenheiten wolle man sich an die Garnison in Unna wenden.

Zur Aufklärung des Publikums wird vom Arbeiter- und Soldatenrat für Hamm-Stadt und -Land mitgeteilt, daß die Sparkassen-, Bank- und Kreditverhältnisse durch die politischen Umwälzungen der letzten Tage in keiner Weise beeinflußt werden. Auch an den Eigentumsverhältnissen hat sich nicht das geringste geändert. Das bürgerliche Recht ist nach wie vor das Fundament des gesellschaftlichen Lebens. Es ist daher eine Torheit, Zahlungsmittel dem Verkehr zu entziehen. Es ist wirklich unsinnig, etwa Sparkasseneinlagen zurückzuziehen und zu Hause das Geld im Strumpf zu hamstern, so wie es etwa unsere unwissenden Großmütter gemacht haben. Das Geld ist in den Sparkassen, Banken und sonstigen Kreditanstalten wirklich sicher aufgehoben. Tausendmal sicherer als zu Hause. Wer Geld hamstert, zapft der Volkswirtschaft das Blut ab, das sie zum Leben braucht. Vor den Arbeiter- und Soldatenräten braucht sich in dieser Hinsicht wirklich kein Angstmeier zu fürchten. Deren Mitglieder dürfen wirklich von sich sagen: Arm aber ehrlich! Wenn sich nun gar kleine Leute für ihre paar Groschen fürchten, so ist das um so merkwürdiger, als die wirklich reichen Leute gar keine Furcht haben. Sei also nicht töricht lieber Leser und bringe dein Geld wieder zur Sparkasse oder zur Bank. Dort erfüllt es seinen Zweck.

(Keine Beschlagnahme der Bank- und Sparkassenguthaben.) Immer wieder verlautet von einem Drange des Publikums zur Abhebung ihrer bei den Bankhäusern und Sparkassen liegenden Konten. Zu einem großen Teile liegt die Befürchtung zugrunde, das Verfügungsrecht über die Einlagen künftig nicht zu haben. Die Regierung legt Wert darauf, solchen gänzlich unbegründeten Befürchtungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. In keiner Weise wird eine Beschlagnahme des Bank- und Sparkassenguthabens oder sonstiger Depots irgendwelcher Art beabsichtigt oder auch nur erwägt.

Der Weihnachtszeit gehen wir jetzt mit schnellen Schritten zu. Auf den Mittwoch der nächsten Woche fällt der Buß- und Bettag. Der folgende Sonntag ist der letzte des Kirchenjahres, der in der evangelischen Kirche dem Gedächtnis der Toten gewidmet ist, und dann folgt die Adventszeit. Es werden trübe Tage sein, die nur allein der feste Wille erhalten kann, uns durch Eifer und Tüchtigkeit dereinst wieder ein frohes Weihnachtsfest zu schaffen.

Der Güter-Verkehr — Stückgut und Wagenladungen — ist bis auf weiteres gesperrt. Angenommen und befördert werden nur Lebensmittel, Futtermittel und Kohlen in beschränktem Umfange. Die Rückbeförderung der Truppen und des Materials macht die Maßnahme erforderlich.

Die Beleuchtung in unserer Stadt wird schon besser. Am Tage wird an der Wiederinstandsetzung der unbrauchbar gewordenen Laternen gearbeitet. Vielfach fehlen aber die Zünder. Die stärkere Beleuchtung erhöht die Sicherheit in den Straßen während der Nachtzeit und den „Nachtarbeitern" wird der Transport der gestohlenen Sachen sehr erschwert. Auch die elektrischen Bahnwagen haben das Kriegsdüster abgelegt. Hell erstrahlen wieder die Lampen im elektrischen Licht. Alles geht dem ersehnten Frieden entgegen.

Gas- und Wasserleitungen sind rechtzeitig vor Frostgefahr zu schützen. Da die Fabriken jetzt weder Messer noch Ersatzteile liefern können, würde ein Einfrieren der Messer eine längere Störung im Bezuge von Gas und Wasser veranlassen.

(Vereinsnachrichten.) Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hält am Sonntag, den 17. November, morgens 11 Uhr bei Wwe. Goertz eine Mitgliederversammlung ab, zu der die Kameraden vollzählig erscheinen wollen. Kameraden, die sich dem Gewerkverein anschließen wollen, können dies Sonntag bewirken. — Der Turnverein Eintracht Kamen veranstaltet am morgigen Sonntag im „Schützenhof" einen Turn- und Theaterabend, bei dem das vieraktige Schauspiel „Maria, die Tochter des Regiments" zur Aufführung gelangt. Die Rollen liegen in guten Händen, sodaß eine vorzügliche Wiedergabe erwartet werden kann. Der Anfang des Konzerts und des Preisturnens unter den Mitgliedern ist auf 4 Uhr, der Theater-Anfang auf 6 Uhr festgesetzt. — Der Gewerkverein deutscher Metallarbeiter H.-D., ladet zu einer Versammlung am Sonntag, den 17. Nov., 11 Uhr, in den Niederschen Saal ein.

Holzwickede, 15. Nov. **(Tod durch Ueberfahren.)** Am Dienstag nachmittag verunglückte hierselbst der Rangierer Rudolf Lammert, Hohenzollernstraße 78. Er geriet beim Rangieren unter die Lokomotive und wurde von dieser so unglücklich erfaßt, daß er nur als Leiche geborgen werden konnte. Der Verunglückte hinterläßt Frau und 2 Kinder.

Lichtendorf, 15. Nov. **(Diebesfrechheit.)** In der Nacht wurde dem Invaliden Theodor Wigers auf dem Eichholz von einem Spitzbuben ein Besuch abgestattet. Nachdem sich der Dieb durch Eindrücken einer Fensterscheibe Eingang in die Wohnung verschafft hatte, stibitzte er aus einem Schrank eine Geldbörse mit 25 Mark Inhalt und aus der Schieblade eines Schrankes einen Geldbetrag von 300 Mark.

Ergste, 15. Nov. **Einbrecher** haben unsere Gegend unsicher gemacht. Dem Zollaufseher Tomiak wurde ein Schwein aus dem Stalle gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet; bei dem Gutsbesitzer Oelgönner erbeuteten die Einbrecher Lebensmittel, Kleider und verschiedene Wertgegenstände, bei dem Gutsbesitzer Ed. Böckelühr gleichfalls Lebensmittel und das Fleisch eines vor wenigen Tagen geschlachteten Schweines.

Dortmund, 15. Nov. **Die hiesigen Schulen** nehmen ihren Unterricht Montag, den 18. November, morgens 8½ Uhr, wieder auf.

Dortmund, 15. Nov. **(Riesenschiebungen.)** Wie die dem A.- und S.-Rat Dortmund unterstellte militärische Ueberwachungsstelle ermittelte, wurde versucht, eine Ladung von 9 Waggons Wein und Sekt aus dem Besitz des Militärfiskus zu verschieben. Der A.- und S.-Rat legte Beschlag darauf und wird die Ware, die einen Wert von einer halben Million Mark darstellt, in den Besitz der Stadt Dortmund überführen. Gleichzeitig gelang es, einer Mörderbande auf die Spur zu kommen. Ein ganzer Waggon Möbel, der an eine gewisse Firma gerichtet war, die aber nicht die Empfängerin sein wollte, wurde angehalten und wird der Gesellschaft für Kriegshausrat zugeführt.

DWD Bochum, 15. Nov. **(Wiedereinstellung heimkehrender Krieger.)** Von den 10 200 Arbeitern, die der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation beschäftigt, sind 280 Franzosen, 700 Belgier, 1500 Hilfsdienstpflichtige und 1500 Frauen. Man rechnet damit, daß günstigstenfalls 8200 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen werden können, um anderen Arbeitern Platz zu machen. Ebenso groß ist die Zahl der früher auf dem Werk beschäftigt gewesenen Krieger, die ohne Ausnahme wieder eingestellt werden sollen. 700 Belgier sind schon abgeschoben. Die Franzosen werden folgen. Ein Teil der Hilfsdienstpflichtigen wird freiwillig in den eigenen Beruf zurückkehren. Die Frauen werden den zurückkehrenden Männern Platz machen müssen; doch soll dabei Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse genommen werden. Große Sorge macht die Rohstoffbeschaffung. Schon jetzt stockt die Erzzufuhr und die Hochöfen des Werkes verarbeiten statt bisher 700 Tonnen täglich nur noch 400 Tonnen.

„" **Bochum**, 15. Nov. **Der Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation stiftete 3 Millionen Mark für die Kriegshinterbliebenen.** Die Zinsen sollen in erster Linie Werksangehörigen zugute kommen.

An die deutsche Landbevölkerung!

Die neue deutsche Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung zu gemeinsamer freiwilliger Bildung von Bauernräten auf, um die Volksernährung, Ruhe und Ordnung auf dem Lande, sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicher zu stellen. Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken, in der Erkenntnis, daß Freiwilligkeit und Selbstverwaltung schneller und sicherer zum Ziele führen, als die beste bureaukratische Organisation. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillig angestellte Orts- und Gemeindeausschüsse dazu beiträgt, daß schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittelmengen zur Sicherung der Volksernährung bereitgestellt werden, je weniger wird es zu zwangsweisen Eingriffen kommen. Die ländliche Bevölkerung hat es selbst in der Hand, diese auf das geringste Maß zu beschränken. Die ländliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklichst schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Nichtbevollmächtigter in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Auch der Hunger niemand aus der Stadt auf das Land treibt und die von der Front zurückflutenden Soldatenmassen regelrecht verpflegt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freie Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmengen das sicherste Schutzmittel. Die Ruhe und Ordnung auf dem Lande sichert auch am besten den ungestörten Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser Zusammenhänge möge die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften steht, um das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen. Niemand wird Unbilliges von ihnen verlangen und sie verantwortlich machen, wenn Transportschwierigkeiten oder andere Umstände Stockungen in der Versorgung der Bevölkerung verursachen. Aber im eigenen Interesse und in dem der Volksgesundheit muß die Landbevölkerung jetzt ohne jeden Verzug die freiwillige Organisierung von Bauernräten in die Hand nehmen. Erfreulicherweise haben die berufenen Organisationen der deutschen Landwirtschaft sich bereits mit einem solchen Vorschlag an die landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands gewandt und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt. Jetzt gilt es, schnell zu handeln, jede Passivität auszuschalten und in freiwilligem, gemeinsamem Zusammenarbeiten der Bauern auf dem Lande mit dem Kriegsernährungsamte und den Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten alle Gefahren abzuwenden, die eine akute Hungersnot über den einzelnen und über die Volksgesamtheit heraufbeschwören muß.

Bauern, Landarbeiter, Landwirte und Gewerbetreibende auf dem Lande, bildet unverzüglich Bauernräte.

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert, Haase, Landsberg, Scheidemann, Barth, Dittmann.

*

Eine Kundgebung der Unabhängigen.

(W) Die unabhängige sozialistische Partei Deutschlands erläßt folgende Kundgebung an die Internationale: Arbeiter, Parteigenossen! Die große geschichtliche Tat ist vollbracht. Die deutsche Revolution ist nicht mehr bloß ein Gegenstand der Sehnsucht sie ist lebendige Wirklichkeit geworden! In wenigen Tagen erhob sich im ganzen Reiche die Arbeiterschaft in einmütigem Zusammenwirken mit Soldaten- und Matrosen, fest entschlossen, koste, was es wolle, die drückende Gewaltherrschaft abzuwälzen. In kühnem Sturmlauf, die prächtigen Mannschaften der Matrosen voran, bemächtigte sich das arbeitende Volk Deutschlands der Regierungsgewalt. Die Sicherung des Friedens, Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft, Ausbau der sozialistischen Gesellschaft, das sind jetzt unsere großen Aufgaben. Unser Volk blutet aus unzähligen Wunden, die die verbrecherische Politik der besitzenden Klasse und ihre Regierungsmänner geschlagen haben. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte kann es gelingen, eine neue Welt, eine Welt der Freiheit und Brüderlichkeit erstehen zu lassen. Der Waffenstillstandsvertrag erschwert dieses Werk ungemein. Die deutschen Politiker, die den schmachvollen Frieden von Brest-Litowsk unterschrieben haben, haben kein Recht, sich zu beklagen, daß die Entente sie in gleicher Weise behandelt. Wir aber haben mit der ganzen Wucht, die uns unsere internationale sozialistische Gesinnung verleiht, diesen Friedensvertrag, ebenso wie den von Bukarest zu bekämpfen. Blutenden Herzens empfanden wir damals, daß wir noch nicht stark genug waren, diesen Gewaltakt zu verhindern. Aber das Verlangen, das Unrecht wieder gutzumachen, stärke unsere Kraft bis zur höchsten revolutionären Energie. Jetzt, wo die Welt vom Abdruck des preußisch-deutschen Militarismus befreit ist, ist es an Euch, den Kampf zu führen gegen die Gewaltpolitik in Euren Ländern, zu verhindern, unsere Revolution zu ersticken, den Keim für neue Kriege zu legen. Wir beugen uns heute der Not der Stunde, wenn wir auch die harten Bedingungen, die uns auferlegt wurden, annehmen. Wir appellieren aber an Eure Solidarität, an Euer Gerechtigkeitsgefühl, an Eure sozialistische Gesinnung und wir sind gewiß, wir werden Eure Macht so stärken, daß eine Vergewaltigung von Brüdern nicht mehr stattfinden kann. Folgt Ihr uns, dann hat die Stunde der Befreiung der ganzen Welt geschlagen. Es lebe der internationale Sozialismus, die Solidarität aller Völker!

Die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands: Ernst Däumig, Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Adolf Hofer, Gustav Laukamp, Georg Ledebour, Robert Wengels, Luise Ziesch.

Kleine Nachrichten.

In der Schlußsitzung der Schweizer Bundesversammlung wurde mitgeteilt, daß das Generalstreikkomitee den bedingungslosen Widerruf des Generalstreiks mitgeteilt habe. (Großer Beifall.). Der Präsident des Nationalrates Calame schloß die Sitzung mit der Bemerkung, daß dem Lande durch die Haltung der Behörden ein Bruderkrieg erspart worden sei.

(b5) Wie dänische Provinzzeitungen melden, sollen die Engländer die Funkenstation Warnemünde besetzt haben.

Nach dem Nieuwen Rotterdamschen Courant verlautet aus holländischen Schiffahrtskreisen, daß die Alliierten alle deutschen Schiffe auf eine bestimmte Zeit zu chartern beabsichtigen, um mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung der ganzen Welt in die Hand zu nehmen. Die Kriegsentschädigung werde sich um den Betrag des Wertes dieser Schiffe weiter verringern.

Ein Amsterdamer Blatt meldet, daß auf den Maasbrücken bei Roosteren (Provinz Limburg) 2000 Mann deutsche Truppen stehen, die gestern beim Ueberschreiten der niederländischen Grenze die Waffen niedergelegt haben.

Die Stadt Mohilew in Podolien ist laut Nachrichte der Südwestbahn von rumänischen Truppen besetzt. Der ukrainische Ministerrat beschloß, energisch zu protestieren.

Fürst Friedrich von Waldeck und Pyrmont hat auf die Regierung freiwillig verzichtet.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" erfährt, daß Wilson endgültig beschlossen hat, zur Friedenskonferenz zu kommen und daß er vor Mitte Dezember in London erwartet wird.

Die englische Admiralität teilt mit, daß die alliierten Flotten Mittwoch durch die Dardanellen gefahren sind. Britische und indische Truppen, die die Forts besetzt hatten, paradierten, als die Schiffe vorbeizogen. Die Flotte kam gestern morgen vor Konstantinopel an.

Die Entwaffnung der Griechen in Görlitz wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat verfügt und ging ohne Zwischenfälle vor sich. Ueber das fernere Verbleiben der Griechen werden zurzeit mit der Reichsregierung Verhandlungen gepflogen.

Gestern sind in der Schweiz 10 deutsche Flugzeuge gelandet. 2 gingen bei Schaffhausen, 3 bei Rapperswyl, 2 bei Benken (Zürich), 2 auf dem Flugplatz Büdendorf und 1 bei Oberau im Thurgau nieder. Alle Insassen wurden vorläufig festgenommen. Die Apparate sind interniert.

Die Arbeiter- und Soldatenräte werden ersucht, zu veranlassen, daß die Kriegsgefangenen von folgender Erklärung der Regierung in Kenntnis gesetzt werden: Die Regierung wird dafür sorgen, daß die im Inlande befindlichen Kriegsgefangenen, welche nicht die Absicht haben, hier zu bleiben, die Gelegenheit erhalten, nach dem Friedensschluß ohne Verzögerung in die Heimat zurückzukehren.

In Mailand und anderen Städten Italiens wird seit einigen Tagen nicht mehr gearbeitet. Die bürgerlichen Blätter mahnen dringend zur Wiederaufnahme der gewerblichen Tätigkeit.

Gewinn-Auszug
der
12. Preussisch-Süddeutschen
(238. Königlich-Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse 5. Ziehungstag. 13. November 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beiden gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 60000 M 113666
2 Gewinne zu 10000 M 3760
4 Gewinne zu 5000 M 75204 136852
68 Gewinne zu 3000 M 1495 2409 6872 6389 12704 20858 24424 33275 58804 66204 72495 84767 89433 90498 101717 106335 114831 123152 128553 134863 136043 138554 138571 154760 162382 165266 167839 173349 175348 183130 190937 220550 227195 231375
110 Gewinne zu 1000 M 636 1022 6085 20842 21572 24882 25851 27389 30890 31494 34564 38734 49457 55369 61608 62641 66798 69303 90967 91271 109302 114044 114902 118959 128066 129331 130368 134310 135271 135742 139372 144280 150654 151321 152860 153787 153914 156431 162413 180321 180649 181407 186193 186828 190134 193151 193505 195481 211757 216809 216930 218279 223238 226379 232111
204 Gewinne zu 500 M 287 1914 2306 4209 10145 16259 16694 19682 23818 30334 31192 32894 34936 36355 37571 38383 39490 39982 41328 42705 43435 47551 48826 48984 49011 50004 53787 60374 61644 67849 69493 69608 70116 80886 81394 81580 81652 82041 82877 85029 85927 87721 88262 90856 91027 98991 101473 103531 107030 107641 110017 110255 111828 115087 123723 130570 135391 135392 136709 136915 138152 142649 144563 145661 146179 146978 149234 150147 151699 152241 153136 153655 154312 161331 165615 172452 175739 183813 185389 185428 185833 189728 190414 192422 192856 193408 198530 199748 200328 207792 208266 209068 215840 216189 216263 221766 223606 228918 229006 229295 230448 233805

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 15000 M 221653
3 Gewinne zu 5000 M 136596
82 Gewinne zu 3000 M 6655 8697 7888 16628 34709 48485 49027 54368 56583 56759 57920 84910 88410 91366 95215 95504 98737 98530 106744 114595 116884 126366 127601 129281 133868 133802 138675 142674 143737 149603 159111 165637 172995 176119 199782 208040 206087 206179 213208 217319 227207
130 Gewinne zu 3000 M 1144 8065 4619 17079 19645 33763 39288 39339 46281 60354 61753 68737 64245 65232 68420 74962 76073 77406 78605 80756 85285 87548 87917 88574 94136 96697 98192 104400 113399 115893 121329 121608 122328 127072 128156 137208 144110 146446 151207 152407 163165 166205 167437 168203 171520 173196 177606 183349 184358 186992 198408 200089 200825 202078 202870 204169 209453 209872 210641 215978 218084 220587 226561 232455 233422
228 Gewinne zu 800 M 1442 1980 6584 8580 10967 11325 11627 13631 17955 19708 23175 25242 37815 41160 41363 43487 45680 46045 48107 48891 50625 51736 57487 57807 58346 59365 60929 63766 64283 66375 70594 71736 76029 77294 77401 80804 83772 87008 87317 89253 89287 90604 91287 91339 93915 95987 100967 103186 107156 107412 108563 110558 114752 115624 119028 127858 128740 129250 130201 136058 136094 139231 141419 145641 147402 152835 156086 162110 163706 164646 167208 170452 174962 180700 181076 181560 182301 182410 182640 183852 184968 187852 188678 190087 192258 196782 199131 202972 205763 207906 209264 209758 210924 212411 214883 215419 216100 217423 217647 218908 232837 222932 223600 224011 224445 226538 [illegible] 226418 226847 227606 [illegible]

Die Arbeitslosenfürsorge.

Ueber die nähern Bestimmungen, die die Regierung für das Gesetz betreffend die Arbeitslosenfürsorge treffen wird, erfährt die Politische Parlamentarische Korrespondenz folgendes: Zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge werden Reichsmittel bereitgestellt. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine solche Fürsorge einzurichten. Sie darf nicht den Charakter der Armenpflege tragen. Den Gemeinden oder Gemeindeverbänden werden von dem Gesamtaufwande vom Reich sechs Zwölftel und von den Bundesstaaten vier Zwölftel ersetzt. Nicht leistungsfähigen Gemeinden kann eine besondere Beihilfe gegeben werden. Zuständig für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung ist die Gemeinde des Wohnortes der Arbeitslosen. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit an einen andern Ort verzogen sind, sollen möglichst nach ihrem frühern Wohnort zurückkehren und sind dann dort zu unterstützen. Dazu erhalten sie freie Bahnfahrt. Die Fürsorge soll Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen, die über 15 Jahre alt sind, zuteil werden, die infolge der Erwerbslosigkeit als Folge des Krieges sich in bedürftiger Lage befinden. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ist näher erläutert. Ein kleiner Besitz an Spargroschen oder einer Wohnungseinrichtung darf nicht in Betracht gezogen werden. Die Unterstützung ist auf die Dauer von höchstens drei Monaten zu gewähren. Die Festsetzung der Höhe der Unterstützung sowie einer Wartezeit von höchstens einer Woche für die Erwerbslosen, mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer, und andre Ausführungsbestimmungen sind dem Ermessen der Gemeinden überlassen. Es ist jedoch für eine ausreichende Unterstützung zu sorgen, die mindestens nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzt und nach der Zahl der Familienmitglieder dem für die Ernährung notwendigen Arbeitslohn entsprechen muß. An Stelle der Geldunterstützungen können auch Sachleistungen treten. Ausschließungsgründe sind Mißbrauch der Einrichtung und Nichtbefolgung der Kontrollvorschriften.

Lord Cecil und Lloyd George über den Völkerbund.

(W) In einer Ansprache, die Lord Robert Cecil in Birmingham hielt, beschäftigte er sich mit der Frage des Völkerbundes, und sprach darüber, in wie weit das Vorhandensein eines Völkerbundes imstande gewesen wäre, den gegenwärtigen Krieg zu verhindern. Cecil sagte, wir gingen mit zwei Absichten in den Krieg, 1. um den preußischen Versuch nach Weltherrschaft zu vereiteln und 2. um einen solchen Versuch für die Zukunft unmöglich zu machen. Es ist zwar richtig, daß eine wesentliche Bedingung für jede zukünftige Regelung die ist, daß die Mittelmächte sich ihrer Niederlage bewußt werden, denn nur so kann das deutsche Volk davon überzeugt werden, daß es falschen Göttern folgte. Es ist mehr als fraglich, ob ein dauerhafter Frieden auf der Grundlage der Weltherrschaft der Entente oder irgend einer anderen Mächtegruppe erreicht werden kann. Weltherrschaft ist nur ein anderes Wort für internationalen Despotismus und wenn ein solcher Despotismus auch noch so wohlwollend wäre, so verträgt er sich nicht mit jener Freiheit, ohne die alle politischen Vorteile als schal empfunden werden. Es bl[illegible]t kein anderes Mittel übrig, als [illegible] Völkerbund, um den Frieden zu sichern und wenn der Völkerbund, wie einige behaupten, nur ein Traum sei, dann ist es schwer, nicht zu verzweifeln.

Nach einer Reutermeldung sagte Lloyd George beim Empfang der nationalen Abgg. in Downing Street, die Regierung dürfe nicht von den strikten Rechtsgrundsätzen abweichen. Einen Völkerbund halte er für notwendiger denn je. Die kleinen Nationen würden den Schutz des Völkerbundes brauchen. Wir werden zur Friedenskonferenz gehen, um Sicherheit zu schaffen, daß der Völkerbund gesichert werde. Bezüglich der inneren Lage sagte er, er lege Wert auf den revolutionären Geist, der in der Luft liege, vorausgesetzt, daß er in gute Bahnen geleitet werde und von nationaler Einheit, Zusammenarbeit und Aufopferung erfüllt sei. Er fürchte weder die Revolution, noch den Bolschewismus, sondern die Reaktion. Er wünsche in England eine vereinigte Regierung aller Parteien. Was den Freihandel betreffe, so sei er nicht der Ansicht, daß man so weit gehen müsse, wie die Pariser Beschlüsse. Der dritte der 14 Punkte Wilsons verhindere jeden wirtschaftlichen Krieg nach dem Kriege. Homerule sei für Irland notwendig, aber Ulster dürfe nicht gezwungen werden. Das Losungswort der Regierung müsse Fortschritt sein. Inmitten der wilden Revolutionsereignisse müsse England felsenfest dastehen, als Vorbild einer verständigen Entwickelung.

Kirchliche Nachrichten.

Größere ev. Gemeinde.

Sonntag, den 17. November. 8 Uhr: Gottesdienst, Pastor Gieseking. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Kochs. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst fällt aus. 3 Uhr: Kirchentaufen.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.

Sonntag, den 17. November. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Ewald. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst. 12¼ Uhr: Taufen.

Kapelle in Lerche.

Sonntag, den 17. November. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Gieseking.

Altkatholische Gemeinde. Bahnhofstr. 13.

Sonntag, den 17. November, nachmittags 2 Uhr: Gottesdienst mit Predigt (Pfarrer Josef Moog aus Dortmund).

Gottesdienstordnung der ev. Gemeinde Rünthe.

Sonntag, den 17. November. Rünthe. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pastor Goßlich. 10½ Uhr: Kindergottesdienst. 11 Uhr: Taufen. — Werne. 10 Uhr: Gottesdienst, Missionar Latsch. 11 Uhr: Kindergottesdienst. 11½ Uhr: Taufen.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

M. bedeutet Krammarkt; V. = Viehmarkt; K. M. = Kram- und Viehmarkt; Pf. = Pferdemarkt; Schw. = Schweinemarkt; T. = Tag.

Montag, 18. Nov.: Soest Rindv. Pf. Schw.
Dienstag, 19. Nov.: Dorsten K. V., Lüdinghausen V., Münster V., Gütersloh Rindv. Pf. Schw., Minden K. Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Dortmund Zucht Fasels., Lünen Schw.
Donnerstag, 21. Nov.: Halle i. W. Rindv. Pf. Schw.
Freitag, 22. Nov.: Ochtrup V., Westerkappeln V., Ennigloh Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen.

Gewerkverein deutscher Metallarbeiter H. D.,

hält am **Sonntag, den 17. November, um 11 Uhr,** eine

Mitglieder-Versammlung

beim Wirt Rieder, Markt, ab.

Kollegen, erscheint vollzählig und bringt die Unorganisierten mit.

Die Ortsverwaltung.

2778

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter

hält am **Sonntag, den 17. Nov., um 11 Uhr,** eine

Mitglieder-Versammlung

bei Wwe. Götz ab.

Kameraden, erscheint vollzählig und bringt die Unorganisierten mit. i2764

Aufnahmen finden Sonntag von **9 bis 11 Uhr** und von **2 bis 7 Uhr** statt.

Der Zahlstellenvorstand.

Landwirte!!

Düngt mit unserm

Lengericher „Erika" Mergel.

Sofort jedes Quantum in zwei Mahlungen lieferbar.

Wilhelm Schlenkhoff Akt.-Ges.,

Herne i. Westf., Telephon Nr. 50.

3519

Rathenower Brillen und Pincenez

für jedes Auge passend, nach ärztlicher Vorschrift zu haben bei

Optiker

Joseph Jakob, Kamen,

Kämerstraße 4.

Sämtliche Reparaturen werden prompt ausgeführt 2375

Auch für den Bezirk Kamen ist mir der Verkauf für die Ortskrankenkasse Kamen übertragen.

Am **Montag, den 18. d. M.,** lasse ich an meinem Hause, **vormittags 10 Uhr**

mehrere guterhaltene Pferdegeschirre

meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Darunter: **10 Hahmen mit Unterhahmen und Rückriemen, 5 Blattgeschirre, 1 komplettes Dockatgeschirr, mehrere Hintergeschirre, Halskoppeln, Halftern, Brustkissen und Laufzügel.** 2750

Methler, den 13. November 1918.

Wilhelm Pfennigheuer,

Sattlermeister,

Methler bei Kamen.

Preiswerte **gestrichene** und **eichene**

Schlafzimmer mit 140 cm breitem Schrank

schon zu **750.—** M.

Preiswerte naturkieferne **Küchen** dreifach la. lackiert

schon zu **395.—** M.

Langjährige Garantie!

M. HERZ, HAMM,

2372 Ostenallee.

Rechtsberatungsstelle Lünen a. d. Lippe Hohenzollernstr. 15

Bearbeitung von Unfall-, Knappschafts- u. Rentensachen, Straf-, Polizei- und Prozeßsachen, Ehescheidungsklagen, Testaments- u. Gütertrennungs-Sachen, Beitreibung von Forderungen, Anfertigung aller Gesuche und Eingaben an Gerichte und Behörden.

1952

Mutterberatung

Dienstag, den 19. Nov., nachm. 3 Uhr beginnend, findet **Mutter-Beratung** statt im Wohlfahrtsgebäude der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft am Klosterweg durch Herrn Geh. Sanitätsrat **Dr. Lenzmann.** Die Mütter haben ihre Säuglinge und ein Kindertuch für die Wage mitzubringen.

Ansteckende Krankheiten und Keuchhusten sind von der Beratung ausgeschlossen.

Vaterländ. Frauen-Verein für Kamen.

108 Verschossene **Damenkostüme, Mäntel, Jacketts** werden wie neu in allen Farben aufgefärbt

Färberei **Galluschke** Waschanstalt. 103

Kamen, Weststr. 88.
Unna, Bahnhofstr. 20.

Die General-Vertretung für Kamen unserer sämtl. Artikel ist krankheitshalber an tüchtige Dame od. Herrn wieder zu vergeben. 2743
Grönefeld & Rütten, Osnabrück.

Städtische Sparkasse Kamen

Einlagenbestand 18 Millionen, Reserven 1 Million.

Annahme von Einlagen:

1. gegen tägliche Rückzahlung zu 4% Zinsen,
2. auf Scheck- u. Kontokorrent-Konto zu 3% Zinsen,
3. An- und Verkauf von Wertpapieren der Kriegsanleihen und Aufbewahrung derselben gegen mäßige Gebühr,
4. kostenlose Einziehung von Schecks und Guthaben aus anderen Sparkassen,
5. Ausleihung von Geldern auf Hypothek, gegen Bürgschaft und Hinterlegung von Wertsachen,
6. die Schecks der Sparkasse werden von fast allen **Sparkassen Deutschlands kostenlos eingelöst.**

Geöffnet 9—12 und 3—5 Uhr.
Samstags nachm. geschlossen.

Bankverbindungen:

Reichsbank-Giro-Konto in Unna. Landesbank-Konto in Münster. Postscheck-Konto Köln 14701.

— Fernruf 240. —

1288

Bekanntmachung.

Abgabe von Strümpfen (Reichsware).

Bei der Firma **K. Lorig** in Kamen stehen für die minderbemittelte Bevölkerung der Stadt Kamen Frauen- und Kinderstrümpfe zum Verkauf. Zum Ankauf berechtigte Ausweise und Bezugsscheine werden in der Bezugsscheinausfertigungsstelle Markt 3 (Laden Hillmann) ausgestellt.

Als Ausweis ist der Lebensmittelausweis vorzulegen.

Die Bezugsscheine sind baldigst einzulösen. 2780

Kamen, den 13. November 1918.

Die Ortsbehörde.
J. V.: Moenninghoff.

Bekanntmachung.

Verkauf von Nähgarn.

Die in der Kundenliste in den Geschäften Karl Lorig, Jos. Rentwig und F. C. Meermann eingetragenen Haushaltungen und Gewerbebetriebe können gegen Ablieferung der Ausgabemarke 3 der Nähfadenkarte daselbst die eingegangenen Nähfäden sofort abholen.

Die Verteilung der Nähfäden erfolgt auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 12. August 1918.

Ausgegeben werden auf eine Familie bis 4 Personen 2 Rollen, auf 5 bis 7 Personen 3 Rollen, auf die Zusatzkarten 1 Rolle. Für Gewerbebetriebe auf je eine Ausgabemarke 5 Rollen.

Die Preise sind von der Reichsbekleidungsstelle auf 32 Pfg. für eine Rolle von 200 Mtr. festgesetzt.

Die Abgabe darf nicht vom Bezuge anderer Ware oder von irgendwelchen anderen Bedingungen abhängig gemacht werden.

Die Abgabe einer größeren Menge als die, für die die einzelne Bezugmarke gilt, sowie das Fordern oder Annehmen höherer als des festgesetzten Preises ist verboten.

Die Verarbeiter dürfen die ihnen abgelieferten Garne nur in ihrem Verarbeitungsbetriebe verarbeiten und nicht unverarbeitet veräußern.

Die eingesammelten Ausgabemarken sind nach dem Garnverkauf an unsere Bekleidungsstelle, Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 17 im verschlossenen Umschlage abzugeben.

Kamen, den 13. November 1918. 2779

Der Magistrat: Moenninghoff.

2 gut erhaltene **Oberbetten** (Daunen) zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 2777

Gebrauchte **Nähmaschine** zu verkaufen. 2784 Güldentröge 19.

Posten **Damenmäntel, Blusen und Kostümröcke** billig abzugeben. 2778

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstr. 7.



Sonntag und Montag sind **Schweine** zu haben. 2782

H. Vonhoff, Unnaerstraße.

Eine hornlose **Ziege** (empfehlenswert) tragend, wegen Futtermangel zu verkaufen. 2783

Hammerstr. 8.

Ein Paar fast neue **Stiefel** (Größe 42) zu verkaufen. 2769

L. Jahns, Wernerstraße 175.

Beamter sucht sofort oder spätestens zum 1. Dezember 2775

Wohn- und Schlafzimmer wenn möglich mit voller Pension. 2775

Offert. unter M. N. an die Geschäftsstelle.

Jüngeres **Morgenmädchen** für leichte Arbeit gesucht. 12761

Markt 3.

Tüchtiges besseres **Mädchen** das Kochen und den Haushalt selbständig führen kann, sofort gesucht. 2776

Arthur Heinze, Unna, Bahnhofstr. 18.

Frau oder Mädchen für einige Stunden täglich für den Haushalt gesucht. 2781

Westfstraße 58.

Meine Auswahl umfaßt weit über **1000 PELZE** nur Dortmund 6 Königswall 6 1 Treppe, kein Laden. Vergleichen Sie meine Preise, meine Qualitäten.

Hierzu einige Beispiele:

Prachtvolle Pelzkragen für nur **39.00**

herrliche Pelzkragen für nur **55.00**

elegante Pelzkragen für nur **75.00**

dazu die passenden **Muffen.**

Auch alle anderen **Pelz-Garnituren** in **Nerz, Marder, Iltis, Blau-Zobel** und **Alaskafuchs** staunend billig.

Pelz-Vertrieb DORTMUND 6 Königswall 6 1 Treppe

1 Minute vom Hauptbahnhof.

Fahrt nach Dortmund wird vergütet. 2438 8017

Lampenschirme

in großer Auswahl sind wieder vorrätig in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.